

„Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“



Rundbrief, April 2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen des Projekts „Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“ (2006/07) des Eine Welt Netzwerks Bayern e.V. hier der neue Rundbrief.

Inhalt	Seite
Projektinformationen / Vorstellung	1
Hintergrund / Diskussion	2
Leseempfehlungen	6
Veranstaltungshinweis	8

Projektinformationen / Vorstellung

Inhaltlicher Schwerpunkt des Eine Welt Netzwerks Bayern e.V. in den Jahren 2006 / 2007 ist das Projekt „Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“. Das Projekt besteht hauptsächlich aus bayernweiten Runden Tischen zu den Themenfeldern „Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“ und „Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung“. Mit für den jeweiligen Themenkomplex relevanten Akteuren wird ein Dialog über Sozial- und Umweltstandards auf den Weg gebracht und dokumentiert. Die Runden Tische fanden bzw. finden jeweils im Herbst 2006 (16. Oktober 2006, 17. November 2006) und Herbst 2007 (5.10.2007, siehe unten) statt.

Die erweiterten Tagungsdokumentationen zu den Runden Tischen 2006 können Sie jeweils gegen eine Versandkostenpauschale in Höhe von 3,00 € (in Briefmarken) schriftlich bestellen: Eine Welt Netzwerk Bayern e.V., Projekt Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards, Weiße Gasse 3, 86150 Augsburg.

Das Projekt „Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“ wird gefördert von:
InWEnt aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
und von der Bayerischen Staatskanzlei.

Vorankündigung:

**Runder Tisch Bayern:
Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen**

5.10.2007

(ca. 13.30 – ca. 18.30 Uhr)

Hochschule für Philosophie, München

(Kaulbachstr. 33)

Veranstalter:

Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. in Kooperation mit
dem Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie



Hintergrund / Diskussion

Europäisches Parlament verabschiedet Resolution über Corporate Social Responsibility (CSR)

Am 13. März 2007 hat das Europäische Parlament eine Resolution zu Corporate Social Responsibility verabschiedet, welche eine stärkere Verpflichtung für Unternehmen im sozial-rechtlichen Bereich vorsieht. Durch die Zustimmung zu diesem Bericht haben die Abgeordneten sich deutlich für mehr Unternehmensverantwortung ausgesprochen. Danach sollen künftig Firmenvorstände rechtliche Verantwortung für ihre Politik tragen, europäische Firmen auch für ihre im Ausland verursachten Schäden zur Verantwortung gezogen werden und Lobbyisten dazu verpflichtet werden, Auskunft über ihre Partner und Gelder zu geben.

Bei den Mitgliedern der Europäischen Koalition für Unternehmensgerechtigkeit (ECCJ) wurde der Bericht, der von dem EU-Parlamentsabgeordneten Richard Howitt verfasst wurde, als bedeutungsvolles Dokument gefeiert. So lobte beispielsweise ECCJ-Mitglied Paul de Clerck, die Annahme des Berichtes, trotz des starken Widerstandes von Lobbygruppen.

Zu den Errungenschaften des Reports gehört zum Beispiel die Einführung eines Systems, welches vorsieht, dass Personen oder Firmen aus Drittländern, die durch die Unternehmenspolitik europäischer Firmen geschädigt wurden, diesen Verstoß vor ein europäisches Gericht bringen zu können. Außerdem befürwortet die Resolution auch eine Ausweitung der Unternehmensverpflich-

tungen auf den Sozial- und Umweltbereich und setzt sich für mehr Transparenz im Bezug auf die Lobbytätigkeiten von Wirtschaftsvertretern beim EU-Parlament ein.

Andererseits wird dem Report jedoch vorgeworfen, ein „Papiertiger“ zu sein, ohne die nötigen Vorschriften für eine wirksame Implementierung zu enthalten. So wird unter anderem angeführt, dass der Report nur unzureichende Berichterstattung über Umwelt- und Sozialpolitik verlange. Außerdem setze er sich nicht stark genug für eine verbesserte Anwendung der Richtlinien des öffentlichen Beschaffungswesens von 2004 ein. Presseerklärung European Coalition for Corporate Justice, 13.3.2007: http://www.foeeurope.org/publications/2007/ECCJ_press_briefing_CSR_report.pdf

McDonald's poliert Image mit Umweltkaffee auf

Seit dem 10. Januar 2007 verkaufen McDonald's-Restaurants in Großbritannien und Irland nur noch Kaffee, der von der US-Umweltschutzorganisation Rainforest Alliance <http://www.rainforest-alliance.org> zertifiziert ist. Diese Zusammenarbeit soll im Laufe des Jahres auf alle McDonald's-Filialen in Kontinentaleuropa ausgeweitet werden. Laut Rainforest Alliance sei dies ein neuer und wachsender Markt, der Tausenden von armen Bauern und Landarbeitern zu Gute komme, während gleichzeitig die Umwelt geschützt werde. Claudia Brück, Sprecherin von Transfair Deutschland (www.transfair.org), kritisierte diese Behauptung jedoch als irreführend, da sich Rainforest Alliance vorrangig für ökologische Standards einsetze.

Zwar verbessere sich vermutlich die Situation der Bauern, aber im strengen Sinn könne nicht die Rede von Fairtrade sein, so Brück. Während Produkte mit dem Fairtrade-Siegel Mindestpreise und die Prämierung sozialer Projekte garantieren, steht Rainforest Alliance in erster Linie für ökologische Standards und den Schutz von Ökosystemen. Dennoch begrüßt Brück grundsätzlich die Initiative von McDonald's. Auch in Deutschland soll Krafts Kenco Kaffee, der zu 100 Prozent aus Rainforest-Alliance-zertifizierten Kaffeebohnen besteht, in den McDonald's-Filialen eingeführt werden. Dies würde allerdings nicht das Angebot von McCafe betreffen.

Durch die Zusammenarbeit mit Rainforest Alliance leistet McDonald's einen weiteren Schritt, bei den europäischen Konsumenten besser anzukommen und sich unter den Weltkonzernen als Marktführer bei sozialer Verantwortung und Nachhaltigkeit zu positionieren. In der Schweiz erhalten McDonald's-Kunden bereits seit zwei Jahren echten Fairtrade-Kaffee. Außerdem achtet das Unternehmen auch bei anderen Nahrungsmitteln auf Produktion und Herkunft. So verlangt die Fastfood-Kette zum Beispiel von seinen Rindfleischzulieferern die Einhaltung von Viehhaltungssowie Umweltstandards und unterstützt mit der Umweltorganisation Conservation International <http://www.conservation.org> den Erhalt der Fischbestände.

Keine Grabsteine aus ausbeuterischer Kinderarbeit auf Münchens Friedhöfen

Der Handel mit Natur- und Grabsteinen ist ein Thema, mit dem man sich heute im „Eine Welt“-Bereich unter dem Vorzeichen „Globalisierung“ beschäftigen muss. Obwohl über die Herkunft und Produktion solcher Steine bisher nur wenig bekannt ist und sie anders als Kaffee oder Textilwaren nicht zu Paradethemen der Globalisierungskritik zählen, ist dieses Produkt inzwischen ein skandalöses Beispiel für den globalisierten Markt. Weil konkurrenzlos billig, haben Grab- und Natursteine besonders aus Indien und China solche aus Steinbrüchen z.B. aus dem Bayerischen Wald verdrängt. Diese „Schnäppchenpreise“ haben ihren unmenschlichen Preis: In indischen Steinbrüchen schufteten Kinder und Erwachsene in sklavenähnlichen Verhältnissen.

Der Münchener Stadtrat hat am 14. März 2007 eine bisher in Deutschland einmalige Änderung der Münchener Friedhofssatzung beschlossen. Sie schreibt jetzt verbindlich vor, dass auf Münchener

Friedhöfen nur Grabmale aufgestellt werden dürfen, die nachweislich in der gesamten Wertschöpfungskette ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt sind.

Steinmetzfirmer müssen nun dem Antrag auf Genehmigung zur Errichtung oder Änderung eines Grabmals ein ergänzendes Formular mit Erklärungen über die Produktionsbedingungen beilegen und entsprechende Nachweise erbringen. Neben dem derzeitigen einzigen auf dem Markt befindlichen Gütezeichen „XertifiX“ für Natursteine ohne Kinderarbeit werden dabei andere unabhängige und gleichwertige Gütesiegel bzw. Nachweise beim Genehmigungsverfahren akzeptiert. Die Steinmetzinnung von München und Bayern hat diesem Beschluss nicht nur positiv zugestimmt, sondern sieht darin auch eine Chance, wieder verstärkt auf einheimische Steine zurück zu greifen.

Katastrophale Bedingungen und Ausbeutung in der High-Tech-Branche

Anlässlich der Cebit warfen Kritiker ein Schlaglicht auf die miserablen Produktionsbedingungen vieler internationaler High-Tech-Unternehmen. Angesichts eines wachsenden Preisdrucks und immer schnellerer Zyklen in der Produktentwicklung von Computern und Unterhaltungselektronik werde nur ein Teil der Hersteller seiner Verantwortung gegenüber der Gesellschaft gerecht, meint Kristina Rüter von der unabhängigen Rating-agentur Oekom Research aus München. Viele westliche Marken hätten ihre Produktion in Niedriglohnländer wie China und den Philippinen ausgelagert, in denen die Rechtslage für Arbeiter dramatisch sei. Nur wenige Hersteller, wie z.B. Dell oder Hewlett-Packard, hätten Zulieferer wirksam auf Mindestlöhne, maximale Arbeitszeiten und Umweltvorgaben verpflichtet, klagt Rüter. Zwar hätten weit mehr Unternehmen Probleme bei ihren Geschäften ausgemacht und soziale Mindeststandards formuliert. Diese existierten jedoch meist „nur auf dem Papier“, so Oekom. Beim Einkauf spielten sie nur selten eine Rolle und die Zulieferer würden nicht auf Einhaltung der Regeln überprüft.

Auch die niederländische Menschenrechtsorganisation Somo deckte in einer Studie katastrophale Zustände bei der Produktion in Billiglohnländern auf. Mobiltelefon-Hersteller wie z.B. Nokia oder Motorola kaufen laut Somo im großen Stil in Asien ein, wo die Angestellten unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten müssen. So seien Mitarbeiter in der Produktion des Motorola-Zulieferers Hivac Startec in einer Fabrik bei Shanghai, beispielsweise ohne Schutzkleidung, hochgiftigen Stoffen ausgesetzt gewesen, und erst nach monatelanger Wartezeit und Anzeige bei den Behörden, zur Behandlung ins Krankenhaus überwiesen worden. Auch Mitarbeiter des thailändischen Nokia-Zulieferers Namiki sollen schutzlos mit giftigen Substanzen hantiert haben, so Somo. Das Hauptproblem besteht in der Schwierigkeit, global agierenden Unternehmen ihre Rechtsverstöße bei der Produktion von High-Tech-Geräten, wie DVD-Recordern oder Mobiltelefonen tatsächlich nachzuweisen. Laut Oekom-Analystin Rüter erschweren zudem auch die langen Zulieferer-Ketten wirksame Kontrollen. Vor allem bei Verstößen gegen Arbeitszeiten und Mindestlöhnen sei man auf Hinweise der meist eingeschüchterten Belegschaft angewiesen. (Quelle: SZ)

Vgl. Kampagne für fair hergestellte Computer: www.fair-computer.ch

Otto: Konzern reagiert auf Vorwürfe

Der Otto-Konzern engagiert sich schon seit Jahrzehnten für die Einführung von Umwelt- und Sozialstandards in seinem Unternehmen. In diesem Sinne unterstützt OTTO auch nachhaltige Produktionsmethoden in den Herkunftsländern, aus denen das Versandhaus seine Waren bezieht. So kauft der Konzern beispielsweise einen kleinen Teil seiner Baumwolle bei der Initiative „Cotton-made-in-Africa“, welche nachhaltigen Baumwollanbau und -handel in Afrika fördert und für die Einführung von höheren sozialen und ökologischen Standards in der Baumwollproduktion eintritt. Außerdem beschäftigte sich OTTO auch im Rahmen einer Studie eingehend mit dem Thema Nachhaltigkeit. Im Dezember letzten Jahres gab der Konzern bei einem Hamburger Marktforschungs-

institut eine Studie über „Konsum-Ethik“ in Auftrag. Dabei wurde die Haltung der Kunden zum Thema Nachhaltigkeit untersucht und nach ihren Erwartungen und Motiven gegenüber Marken oder Unternehmen gefragt. Dr. Wippermann, der Leiter der Studie, zog folgende Bilanz: Nach dem Erfolg von Bio-Lebensmitteln und Bio-Kosmetik sei der nächste große Öko-Boom in der Modebranche zu erwarten. Dabei werde Fair-Play eine ebenso große Rolle spielen wie das gute und gesunde Tragegefühl. Im Unterschied zu früher zähle für die Kunden in erster Linie die Ästhetik, anstelle von Ideologie. „Sie wollen gut aussehen und dabei Gutes tun“.

Gleichzeitig wurde der OTTO-Konzern wiederholt mit Vorwürfen wegen Kinderarbeit konfrontiert. Diese stehen im Widerspruch zu seiner propagierten sozialen und nachhaltigen Unternehmenspolitik. So berichtete das Nachrichtenmagazin „Stern“ im Februar 2007 über eine indische Kellnerwerkstatt, in der Kinder für einen Hungerlohn, 14 Stunden am Tag, Blusen für die OTTO-Tochterfirma „Heine“ bestickten. Das Versandhaus beendete daraufhin sofort seine Zusammenarbeit mit den indischen Lieferanten und versprach, die betroffenen Kinder zu entschädigen.

Wegen wiederholter Vorwürfe zu Kinderarbeit bei OTTO, hat die Kampagne „Aktiv-gegen-Kinderarbeit“ des EarthLink e.V. das Versandhaus in seiner Firmenliste mit einem „roten Punkt“ gekennzeichnet.

Wer zahlt den Preis für Chinas Wirtschaftswunder?

Amnesty International hat den Alltag von chinesischen Wanderarbeitern dokumentiert und zieht eine erschütternde Bilanz: 200 Millionen Menschen werden Tag für Tag betrogen und verheizt – und China riskiert seine Zukunft.

In ihrem Bericht „China: Die menschlichen Kosten des Wirtschaftswunders“, beschreibt die Menschenrechtsorganisation die menschenunwürdigen Bedingungen, unter denen Wanderarbeiter in China zu leiden haben. Obwohl diese billigen Arbeitskräfte den Wirtschaftsaufschwung des Landes erst ermöglicht haben, werden ihnen fundamentale Grundrechte verwehrt. Unter furchtbaren Arbeitsbedingungen leisten sie in der Regel ca. 12 bis 14 Stunden Schichtarbeit pro Tag, 7 Tage die Woche, für umgerechnete 2 bis 3 Euro Bezahlung, was kaum zum Überleben reicht. Außerdem haben die Wanderarbeiter meist keine Krankenversicherung, ihre Kinder dürfen nicht die staatlichen Schulen besuchen und die städtischen Bewohner sehen sie als Bürger „zweiter Klasse“ an.

Ogleich China, als Gründungsmitglied der ILO, offiziell gegen Zwangs- und Kinderarbeit sowie Diskriminierung am Arbeitsplatz eintritt und nach der Verfassung jedem Bürger offiziell auch das Recht auf eine neunjährige Schulbildung garantiert wird, sieht die Praxis für viele Chinesen anders aus. Millionen von Kindern bleibt heute ein Schulbesuch verwehrt.

Daher fordert Amnesty International eine Reform des Gesellschaftssystems, so dass Wanderarbeiter nicht mehr als rechtlose Bürger „zweiter Klasse“ leben müssen und den offiziell garantierten Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem wahrnehmen können. Außerdem setzt sich die Organisation für die Einhaltung von internationalen Mindeststandards am Arbeitsplatz ein. Dazu gehören unter anderem eine faire Bezahlung, sichere Arbeitsbedingungen und Erholungs- und Urlaubszeiten.

Global Compact als Werbestrategie für Teehandelshaus in Sri Lanka

Das Teehandelshaus Mabroc hat in Sri Lanka zwei neue Sorten von Ceylon Tee eingeführt, die nach ethischen Grundsätzen produziert und gehandelt werden, um damit für verantwortungsbewusstes und nachhaltiges Wirtschaften zu werben.

Jede Packung dieses Tees enthält ein Faltblatt, das über die 10 Grundsätze der Global Compact Initiative informiert, und damit auch zur praktischen Umsetzung des Global Compacts beitragen soll. Die Kampagne fällt zusammen mit einem Entwicklungs-Projekt der Firma. Durch das sogenannte „A Home for Every Plantation Worker“-Programm will Mabroc das Leben von 10.000 Familienangehörigen verbessern, die auf den Teeplantagen arbeiten. Dabei gehen für jede verkaufte Packung des fair produzierten Tees mindestens 1,50 US-Dollar an das Projekt. Durch konkrete Programme sollen somit die Lebens-, Umwelt- und Gesundheitsbedingungen der Arbeiter verbessert und bürgerliches Engagement und kommunale Institutionen gefördert werden.

Da Sri Lanka der größte Ceylon-Tee Exporteur ist, könnte das Programm eine wichtige Rolle für die Wirtschaft des Landes spielen. Außerdem könnte es auch als Beispiel für andere Unternehmen dienen, sich für fairen Handel und nachhaltiges Wirtschaften einzusetzen.

Vgl.: <http://www.un.org/apps/news/printnews.asp?nid=21915>

„Fair spielt“ bringt Menschenrechte ins Spiel

Mehr als die Hälfte aller in Deutschland verkaufter Spielwaren stammen heute aus China. Dort kommt es bei der Produktion trotz gestiegener Standards immer wieder zu Vorfällen von Ausbeutung, Kinderarbeit und mangelnden Sicherheitsvorkehrungen am Arbeitsplatz. Daher bietet der Weltverband der Spielzeugindustrie (ICTI) seit 2003 ein System an, durch das chinesische Hersteller auf Zwangs- und Kinderarbeit, gefährliche Produktionsmethoden und soziale Mindeststandards überprüft werden können. Alle Anbieter, die die vorgegebenen Bedingungen erfüllen, erhalten ein Zertifikat.

In Deutschland setzt sich die Aktion „Fair spielt“, gemeinsam mit Europäischen Partnerorganisationen für die Beachtung der Menschenrechte und für die Einhaltung der ICTI-Standards in der Spielzeugindustrie ein. Durch diesen Einsatz, und auch durch die Kampagne „Echt gerecht. Clever kaufen“, die vom Verbraucherministerium initiiert wurde, ist in den letzten Jahren Bewegung in die Branche gekommen. Konnten im November 2005 lediglich 17 deutsche Spielzeughersteller ICTI-Zertifikate vorweisen, so sind es inzwischen mehr als 40.

Dennoch weigert sich die Hälfte der Hersteller noch immer die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um die ICTI-Vorgaben zu erfüllen. So sind von den ca. 3.700 chinesischen Spielzeugfabriken mit Exportlizenz, heute nur knapp 500 zertifiziert. Um den Druck auf die Hersteller zu erhöhen, hat der deutsche Verband der Spielwaren-Industrie (DSVI) daher nun eine „weiße Liste“ im Internet veröffentlicht. Darauf stehen die Namen von hundert Verbandsmitgliedern, die ihre Hersteller in China überprüfen lassen und garantiert menschenwürdig produzieren. Damit soll die Transparenz für den Kunden erhöht werden. „Fair spielt“ fordert zudem die Verantwortlichen des ICTI-Prozesses dazu auf, die ArbeiterInnen an der Kontrolle des ICTI-Kodex zu beteiligen, da sie die „wahren Experten“ für die Arbeitsbedingungen seien.

Leseempfehlungen

„Blühende Zukunft? Verletzung von Kinderrechten durch die Blumenindustrie“

Die neue Publikation von FIAN-Deutschland e.V (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk) informiert über die Verletzung von Kinderrechten durch die Blumenindustrie. Kolumbien, Ecuador, Kenia und Tansania gehören zu den Hauptproduzenten von Schnittblumen. Aufgrund der dort herrschenden niedrigen Lohnkosten und der geringen staatlichen Regulierung der Unternehmens-

tätigkeit werden die Blumen dort unter zum Teil menschenunwürdigen Bedingungen produziert. Insbesondere in Lateinamerika gehört Kinderarbeit nach wie vor zum Alltag auf vielen Blumenplantagen. Zum kostenlosen Download der Broschüre „Blühende Zukunft“:

http://www.walkslow.nl/projects/walkslow/doku_kinderarbeit_endversion.pdf?PHPSESSID=237a9e1cee9f525b497373a80fefe55d

„Kinderarbeit in indischen Steinbrüchen: Was können Kommunen dagegen tun? Ein Leitfaden für Verwaltungen und Nichtregierungsorganisationen.“



Immer mehr deutsche Kommunen beschließen die Einführung sozialer Kriterien bei ihren Ausschreibungen. Sie verlangen von ihren Lieferanten bei einem Teil der Waren die Garantie, dass keine Kinder an deren Produktion mitgearbeitet haben. Damit lenken sie den Blick auf eine der Kehrseiten der Globalisierung.

Der Leitfaden will dazu ermutigen, die kommunale Beschaffung nach sozialen Kriterien zu gestalten. In einem ersten Schritt wird aufgezeigt, unter welchen Bedingungen in Indien Steine hergestellt werden. Im zweiten Teil wird dargelegt, welche Erfahrungen Kommunen sowie Nichtregierungsorganisationen bei der Umsetzung von Beschlüssen gemacht haben, die Rechenschaft über die Produktionsbedingungen angelieferter Produkte verlangen.

Hütz-Adams, Friedel; SÜDWIND e.V. (Hrsg.): Südwind Institut, Siegburg 2006. Zum kostenlosen Download : www.suedwind-institut.de

„Weiße Plantagen: Eine Reise durch unsere globalisierte Welt“

Sie kam aus Asien und trat einen Siegeszug rund um die Welt an: Baumwolle. In Indien hat ihr Erfolg Massenelend in den Fabriken und Unmengen an Pestiziden mit sich gebracht. Bei uns hängen die Billigklamotten in den Discountern, die dadurch überhaupt erst möglich geworden sind. Baumwolle ist weltweit ein hartes Geschäft.



Erik Orsenna hat eine Reise rund um den Globus angetreten, um die Welt dieses Rohstoffes zu beschreiben. Mit den Augen eines Reporters, mit dem Stilgefühl eines Schriftstellers und auch mit bitterer Ironie erzählt er die faszinierende und bewegende Geschichte der Baumwollindustrie. Er berichtet über den Ursprung und den Sklavenhandel, über die sogenannten „weißen Plantagen“ im Süden Amerikas, die heute nur durch gewaltige Subventionen überhaupt noch lebensfähig bleiben können, und über die Verlagerung des Energiezentrums in die Schwellenländer, in Staaten der so genannten Dritten Welt. Ob in Afrika, in Brasilien oder in China - das Geschäft mit der Baumwolle steht oftmals für die Wiederkehr des Kapitalismus im Stil des 19. Jahrhunderts. Erik Orsenna: „Weiße Plantagen. Eine Reise durch unsere globalisierte Welt“. Beck 2007; 18,90 €

„Die Chancen der Globalisierung“

Schon 2002 hatte der amerikanische Nobelpreisträger und ehemalige Chefökonom der Weltbank Joseph Stiglitz die Schattenseiten der Globalisierung beschrieben und vor den Gefahren einer ungezügelter Entwicklung des Welthandels gewarnt. In seiner neuesten Studie wendet er sich nun den Chancen der Globalisierung zu.



Er plädiert für eine politische Steuerung der globalen Ökonomie durch internationale Organisationen, für umfassende rechtliche Regelungen des Warenverkehrs, die Kontrolle multinationaler Konzerne, für die Befreiung der Entwicklungsländer von ihrer Schul-

denlast und für einen fairen Welthandel. Ziel müsse die Überwindung der regionalen Ungleichgewichte und der weltweiten sozialen Diskriminierung sein. Dabei seien alle Beteiligten aufgerufen, die Steuerung der unvermeidlichen Globalisierungsprozesse demokratisch zu legitimieren, um den Wohlstand aller Nationen zu mehren. Joseph Stiglitz: „Die Chancen der Globalisierung“. Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), Bonn, 2007. Erhältlich unter: www.bpb.de

„Chancengleichheit und Entwicklung: Weltentwicklungsbericht 2006“

Der Weltentwicklungsbericht 2006 belegt die ungleiche Verteilung von Möglichkeiten sowohl innerhalb der Länder als auch zwischen den Ländern und veranschaulicht die Mechanismen, mit denen Ungleichheit die Entwicklung beeinträchtigt. Der Bericht fordert ausdrücklich größere Chancengerechtigkeit. Innenpolitisch liefert der Weltentwicklungsbericht Argumente dafür, in die persönliche Entwicklung der Menschen zu investieren, den Zugang zu Recht, Land und Infrastruktur zu erweitern und die Fairness der Märkte zu fördern.



International gesehen befasst er sich mit dem Funktionieren globaler Märkte und ihrem Regelwerk. Größere Chancengerechtigkeit vermag Armut zu reduzieren, Wirtschaftswachstum zu steigern, Entwicklung voranzutreiben und den ärmsten Gruppen in unserer Gesellschaft bessere Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. „Chancengleichheit und Entwicklung: Weltentwicklungsbericht 2006“. Bonn 2006, Weltbank (Hrsg.)

Veranstaltungshinweis

CSR- Gipfel in London

Vom 9. bis zum 10. Mai 2007 findet im *Hilton Metropole Hotel London*, ein Gipfel zum Thema „*Corporate Responsibility 2020*“ statt. Die Konferenz ist das europaweit größte Treffen dieser Art, an dem zum Beispiel IBM, Citigroup, Unilever, Tesco, Shell, Oxfam International oder Vodofane teilnehmen. Für Information und Anmeldedetails: <http://www.ethicalcorp.com/europe2007/>

Der nächste Rundbrief „Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“ erscheint Juni / Juli 2007.

Beiträge an die Redaktion bitte an info@eineweltnetzwerkbayern.de

Das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. (www.eineweltnetzwerkbayern.de) ist das bayerische Landesnetzwerk entwicklungspolitischer Gruppen / Einrichtungen, Weltläden und lokaler Eine-Welt-Foren. Es ist u.a. Träger der bayerischen Landeskampagne zum Fairen Handel „Fair Handeln Bayern“ (www.fairhandeln-bayern.de), des bayerischen Partnerschaftsportals Bayern-EineWelt (www.bayern-einewelt.de) und Herausgeber zahlreicher Publikationen (z.B. Handbuch „Entwicklungspolitik in Bayern“, 2004 oder „Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“, München 2005). Auf Bundesebene ist das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (Agl), www.agl-einewelt.de.